

Weniger Geld für Ausbildung

Kantonsrat kürzt Geld für Spitäler

jhu. · Angesichts des drohenden Ärztemangels ist die Ausbildung von Medizinern das Gebot der Stunde. Gleichzeitig wächst der finanzielle Druck im Gesundheitswesen – auch im Kanton Zürich. Aus einem Budgetposten der Gesundheitsdirektion von knapp 47 Millionen Franken strich der Kantonsrat am Dienstag kurzerhand 5 Millionen. Mit diesem Geld hätte zu einem wesentlichen Teil die Ausbildung von Assistenzärzten subventioniert werden sollen. Denn die Ausbildungskosten werden nicht über die Fallpauschale beglichen. Das Bundesamt für Statistik schätzt, dass ein Universitätsspital für die Ausbildung eines Assistenzarztes pro Jahr durchschnittlich 56 000 Franken aufwendet. Das dürfte zwar eher hoch gegriffen sein, ein Defizit entsteht den Spitälern aber in jedem Fall. Um dieses mindestens teilweise auszugleichen, wollte der Kanton Zürich im kommenden Jahr 15 000 Franken an die Ausbildungskosten beisteuern. Zum Vergleich: Der in dieser Hinsicht sehr spendable Kanton Genf überweist den Spitälern für einen Ausbildungsplatz bis zu 90 000 Franken im Jahr.

Aufgrund der beschlossenen Kürzung könne der Kanton nur noch 11 000 bis 12 000 Franken an die Weiterbildung beisteuern, sagt Daniel Winter, Sprecher der Gesundheitsdirektion. Cyrill von Planta (glp.), der die Kürzung im Kantonsrat unterstützte, sieht darin kein Problem. Die Spitäler würden deshalb kaum Ausbildungsplätze streichen, immerhin seien sie ja selbst auf den Nachwuchs angewiesen. Zudem handle es sich ja um einen relativ grossen Budgetposten. Man müsse ja nicht alle Abstriche bei den Ausbildungssubventionen machen. Tatsächlich werden aus diesem Topf noch weitere Leistungen der Spitäler unterstützt, die zwar von öffentlichem Interesse sind, von der Fallpauschale aber nicht erfasst werden, wie etwa das Führen eines Krebsregisters.

Kantonsrat Lorenz Schmid (evp.) wehrt sich gegen die Kürzung mit der Aussage: «Wir senden damit ein falsches Signal aus.» Es gehe doch nicht an, dass man jene Spitäler bestrafe, die besonders viele Ärzte ausbildeten. Es sei durchaus zu befürchten, dass gerade in Privatspitälern Ausbildungsplätze unter Druck kämen.

In der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) hat man sich zum Ziel gesetzt, die Subventionsbeiträge zu harmonisieren. Jeder Kanton soll mindestens 15 000 Franken im Jahr an die Ausbildung bezahlen. Bis dies in Kraft tritt, dürften noch zwei Jahre vergehen, davor sind mehrere politische Hürden zu nehmen. Auch der Zürcher Kantonsrat wird über den Vorschlag befinden müssen. Ausserdem soll ein mit 15 Millionen Franken dotierter Ausgleichstopf geschaffen werden, von dem jene Kantone profitieren, die überproportional viele Ärzte ausbilden. Zu den Profiteuren gehörte auch der Kanton Zürich: Die GDK schätzt, dass dieser zwischen 2 und 4 Millionen Franken erhalte.